

Systematische Verkürzungen: Wie das Schulfach Wirtschaft in Baden Württemberg noch verhindert werden soll!

Aktuell erfährt die Kritik an einer eigenständig etablierten ökonomischen Bildung eine überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion. Endzündet hat sich die Debatte an der geplanten Einführung des Faches „Wirtschaft und Berufs- und Studienorientierung“ in Baden Württemberg. Das erhitzt manche Gemüter derart, dass auch vor unzulässigen Verkürzungen nicht zurückgeschreckt wird. Zu den wesentlichen Fehldarstellungen soll hier kurz Stellung bezogen werden:

1) Alles neu?

In der Presse liest man an verschiedenen Stellen, dass die Einführung eines Schulfachs Wirtschaft in Baden Württemberg ein Novum sei. Baden Württemberg wird vielfach als „Vorreiter“ bezeichnet (siehe z. B. den Artikel „Neues Schulfach in Baden-Württemberg“ auf www.sueddeutsche.de vom 22.01.2015). Das entspricht aber nicht der Realität. So gab es beispielsweise schon in den 1970er Jahren in Nordrhein-Westfalen ein Fach Wirtschaftslehre, das dann durch das Fach Sozialwissenschaften abgelöst wurde. Auch heute gibt es in zahlreichen Bundesländern ein Schulfach Wirtschaft (z. B. in Niedersachsen seit 10 Jahren oder in Bayern, Thüringen, Mecklenburg Vorpommern und auch in Baden Württemberg). Neu ist nicht die Einführung eines solchen Faches, sondern die flächendeckende und einheitliche Einführung an allen Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens.

2) Lobbyismus?

Bernd Kramer schreibt auf Spiegel-Online, dass das Schulfach Wirtschaft ein reines Interesse von unternehmerischen Lobbygruppen sei („Eine Lobby bekommt ihr Schulfach“ auf SPON vom 14.10.2015). Das ist mindestens in dreierlei Hinsicht so nicht richtig. Erstens liefern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGöB) seit mehr als fünf Jahrzehnten lern- und bildungstheoretische Argumente für die ökonomische Bildung als Teil von Allgemeinbildung und für ein Schulfach Wirtschaft im allgemeinbildenden Schulwesen. Die Verkürzung der Facheinführung auf einen reinen Lobby-Akt blendet diese langjährige fachdidaktische Debatte bewusst oder unbewusst aus. Zweitens sind Bildungspolitiker demokratisch gewählte Vertreter eines Bundeslandes, die in der Lage sind, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Die Unterstellung, dass die Politik - im vorliegenden Fall eine grün-rote Landesregierung - lediglich als verlängerter Arm der Wirtschaft fungiert, offenbart ein merkwürdig verzerrtes Bild von politischen Prozessen und bemüht deutlich interessenspolitisch motivierte Instrumente um eben jene Prozesse zu konterkarieren. Nicht zuletzt werden drittens all die Belege ausgeblendet, die zeigen, dass Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler mit großer Mehrheit ein Interesse an Wirtschaftsunterricht haben (siehe z. B. den Artikel „Jugendliche wollen mehr Wirtschaft in der Schule“ auf www.faz.net vom 22.07.2015).

3) Einseitig und monoparadigmatisch?

Ein Bündnis von Interessenvertretern, die durch das Fach Wirtschaft Nachteile für den eigenen Bereich befürchten (z. B. weniger Politik- oder Geographieunterricht), argumentiert, dass Wirtschaftsunterricht zu einem monodisziplinären Denken führe und zu Werturteilen bei Schülerinnen und Schülern, die sich vorrangig an ökonomischen Denkkategorien orientieren (siehe z. B. unter www.phv-bw.de). Die vorliegenden theoretischen Konzepte zur ökonomischen Bildung und die in den Bundesländern existierenden Lehrpläne und Kerncurricula für Wirtschaftsfächer offenbaren hier ein gänzlich anderes Bild. Wirtschaft wird nicht abbilddidaktisch und monodisziplinär beschrieben, sondern mit einem systematischen Bezug zu den Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen und mit deutlichen gesellschaftspolitischen Perspektivierungen. Es geht nicht um Monodisziplinarität oder „Seperatfächer“ - was auch immer sich hinter diesem Begriff verbergen mag -, sondern um eine mehrperspektivische Ermöglichung kategorialer Einsichten in ökonomische Prozesse und Strukturen und damit um die Vermittlung von Zusammenhängen. In den vorliegenden Konzepten und curricularen Rahmenbedingungen gibt es keine Anhaltspunkte für die von Tim Engartner in der ZEIT veröffentlichte Behauptung, dass in einem Schulfach Wirtschaft „die Kosten-Nutzen-Kalkulation, die alles Tun und Trachten - von der Aufnahme des Studiums bis hin zur Familiengründung - unter den ökonomischen Vorbehalt des Sich-rechnen-Müssens stellt, zum Fixpunkt ökonomischer Bildung zu werden [droht]“ (siehe den Artikel „Schulen brauchen kein eigenständiges Fach Wirtschaft“ auf www.zeit.de vom 20.01.2015, 22:12 Uhr). Die Unterstellung, dass per se die Ökonomik blind sei gegenüber gesellschaftlichen Zusammenhängen und Problemstellungen signalisiert eine erstaunliche Einseitigkeit in der Wahrnehmung und Interpretation der wissenschaftlichen Diskussionslage, die wiederum selbst im bemerkenswerten Widerspruch zu den geforderten differenzierten Sichtweisen steht. Wer sich einen unvoreingenommenen Eindruck über ein Kerncurriculum zu einer Fachkonstruktion machen möchte, werfe einen Blick in die niedersächsische Fachkonstruktion „Wirtschaft“ (Online hier verfügbar: [Oberschule](#): [Realschule](#), [Hauptschule](#)). Dort werden schon vom siebten Schuljahr an Zusammenhänge zwischen den zentralen wirtschaftlichen Akteuren aufgezeigt, mehrperspektivische Sichtweisen verwendet, politische Dimensionen deutlich akzentuiert, unterschiedliche fachwissenschaftliche Erklärungsansätze verwendet und mit modernen Methodenansätzen für die Öffnung von Schule operiert; nicht um einen unkontrollierten Lobbyismus zu propagieren, sondern um Praxiskontakte didaktisch reflektiert für die Entwicklung von Lehr- Lernarrangements zu nutzen.

4) Neoliberalismus und homo oeconomicus als Leitbilder?

Wie so oft, liest man von Kritikern eines Schulfachs Wirtschaft auch wieder in der Debatte um das geplante Schulfach in Baden Württemberg, dass damit eine Erziehung zum homo oeconomicus gefördert werde und das ausschließlich neoliberale Denkmuster zum Einsatz kämen. So formuliert es auch Dirk Lange als Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) in einem aktuellen Gastbeitrag auf ZEIT-Online vom 16.11.2015. In Bezug auf Baden Württemberg wird behauptet, der Bildungsplan offenbare eine „verengte Sichtweise auf das Ökonomische“, die den „Homo Oeconomicus zum Leitbild der ökonomischen Bildung“ festlegen würde und sich damit gegen „diskursive Formen“ des Unterrichts stelle. Kontroverse Sichtweisen - so Lange

weiter – seien nicht vorgesehen. Diese Vorwürfe sind weder in Bezug auf Baden Württemberg haltbar noch in Bezug auf alle anderen realen Fachkonstruktionen oder idealtypischen Konzeptionen ökonomischer Bildung. Mündigkeit im Sinne eines selbst bestimmten Handelns in sozialer Verantwortung ist stets das zentrale Bildungsziel. Das lässt sich überall nachlesen. Selbstverständlich wird der Mündigkeitsbegriff domänenspezifisch konkretisiert. Kontroversität wird über den expliziten Bezug zum Beutelsbacher Konsens im Bildungsplan in Baden Württemberg geradezu eingefordert. Jeder, der einen kurzen Blick auf den Bildungsplan wirft (online hier bar: <http://www.bildungsplaene-bw.de/,Lde/Startseite>), wird die Diskrepanzen zwischen dem tatsächlich Geschriebenen und dem Schreckgespenst feststellen, das im Beitrag von Lange gezeichnet wurde.

5) Zu viel Unterrichtszeit?

In der Süddeutschen Zeitung konnte man lesen, dass das Fach „Wirtschaft und Berufs- und Studienorientierung“ an Gymnasien „drei Stunden pro Woche“ und in Real- und Gemeinschaftsschulen sogar mit „fünf Wochenstunden“ unterrichtet werden soll (siehe den Artikel „Wirtschaft als Pflichtfach“ auf www.sueddeutsche.de vom 06.11.2015). In Wirklichkeit handelt es sich dabei um Wochenstunden für die gesamte Sekundarstufe I. Das bedeutet, dass das Fach im Gymnasium mit einer Stunde pro Woche z. B. in den Klassen 8, 9 und 10 unterrichtet wird. Es wird also die jeweils eine Stunde pro Woche/pro Jahrgang verwechselt mit den addierten Jahreswochenstunden für die gesamte Schulzeit in der Sekundarstufe I. In der einen Stunde (präzise: 45 Minuten) muss dann auch die Berufs- und Studienorientierung behandelt werden, also z. B. die aufwendige Begleitung des Praktikums. Daher haben auch die JUSOS in Baden Württemberg eine Erhöhung der Stunden für das Fach gefordert (siehe den Beschluss „Kontingenzstunden für das Schulfach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ der SPD Baden-Württemberg unter <http://beschluss.spd-bw.de>).

Die Beispiele zeigen, dass gerade viele Argumente und Argumentationsebenen in der öffentlichen Diskussion durcheinander gehen. Wir plädieren für eine Rationalisierung des Diskurses und den Austausch fachlich, fachdidaktisch und pädagogisch fundierter Positionen unter Berücksichtigung der realen Gegebenheiten in den Bundesländern.

IÖB, 16. November 2015